



Beiträge, Zuschüsse, erhaltenen Gehaltslöhne und nicht erhöhte Arbeitsträge von den Werkschloßern) und den Aufwendungen für Pensionen. Es betrug:

Die Gesamte aus Arbeitermitteln	Die Gesamte aus Pensionen	Ueberschuß aus Arbeitermitteln	Ueberschuß aus Pensionen
1895 . . . 648 252	602 881	40 371	
1896 . . . 814 801	697 913	136 448	
1897 . . . 1 129 074	860 006	279 068	
1898 . . . 1 297 187	968 000	329 097	
1900 . . . 1 845 947	1 077 221	268 726	
1901 . . . 1 286 429	1 114 451	111 977	
		1 171 687	

Demnach sind nicht nur die gesamten Pensionen aus Arbeitermitteln gezahlt worden — in den sechs Jahren wurde aus diesen Leistungen auch noch ein Ueberschuß in Höhe von 1.171.687 Mark erzielt! Von den Beiträgen der Firma und von den Willkürerlösen ist nicht ein Pfennig verwendet worden! Die vermögenden Schenkungen sind im Effekt lediglich ein Wuchungsvorgang, der rechtlich das Vermögen der Kasse vergrößert, der Firma aber wenig oder gar nichts kostet.

Die Firma behält das Geld und verzinst es mit 6 Prozent. Da diese 6 Prozent aber auch nicht verbraucht werden, sondern ebenfalls das Vermögen erhöhen, bleiben sie auch im Säckel der Firma.

Diese Wuchungsmöglichkeit verschafft der Firma einen Weltreum, die Arbeiter haben nicht das geringste dabei profitiert!

### In der nächsten Wahlrechtsreform

ist eine Änderung eingetretten. Bisher scheiterten alle Vermittlungen, ein Kompromiß zwischen den Nationalliberalen und Konserverativen auf der einen und der Regierung auf der andern Seite daran, daß der Minister Graf Hohenhausen hartnäckig darauf bestand, daß ein Teil der Abgeordneten durch kommunale Körperschaften unter Einwirkung der Gewerbe- und Handelskammern gewählt werden müßten, wozu keine Partei etwas wissen wollte. Nach vor kurzem erklärte Graf Hohenhausen, unter allen Umständen an den Körperschaftenvertretern beharren zu müssen. In der letzten Sitzung der Wahlrechtsdeputation jedoch, die nach wochenlangem Pause dieser Lage statt fand, bemerkte er zwar noch wie vor seine große Vorliebe für die Kommunalvertreter, die das Material langen Nachdenkens seien und ein sichere Mittelwege gegen eine Überherrschung der Kammer mit staatsfeindlichen Elementen darstellen, zuletzt aber bemerkte er etwas gebrüht, er werde auch über ein Wahlrecht auf anderer Grundlage mit sich lassen. Damit war die Schwärzung vollzogen. Alle nationalliberalen und konserverativen Redner priesen sofort das neue und zweite Entgegenkommen der Regierung, und Graf Hohenhausen wieder sprach nicht. So konnte kein Zweifel mehr darüber obwalten, daß die Regierung ihren bisherigen Standpunkt aufgegeben und die auf ein reines Muralwahlrecht mit drei Zulassungsklassen hinauslaufenden Kompromißvorschlüsse akzeptieren werde. Inzwischen ist dieser Vorschlag, das Ergebnis eines langen Aushandels, neu formuliert und nach mit Berücksichtigung versehen worden. Näheres darüber aber nicht erst in der nächsten Sitzung der Wahlrechtsdeputation bekannt werden.

### Der seltsame Goethe-Bund

beginnt am Sonntag in Berlin eine kleine Fetenfeier — zur Erinnerung an sich selber. Verschiedene Goethe-Bünde hatten dazu Vertreter entsendet und verschiedenes der Intellektuellen, die vor acht Jahren auf der Seite der Sozialdemokratie die Leg Feinde wacker bekämpft hatten, suchten vor erlebnisreichem Publikum — nur Mitglieder hatten Zutritt — so etwas wie Profestimmung zu erzeugen. Im Preußen geht ja der Stoff dazu nicht aus. Aber die Goethe-Bündler haben ihren Kredit mehr, man traut ihnen Protesten, die nach vollkommener Tat (vergl. die Riegner'sche Mörderverfolgung) erst mühsam präpariert werden müßten. Man hätte die Herren nicht bemerken sollen. Der Goethe-Bund war tot und ist durch die Ephemerie jetzt nicht lebendiger geworden. In Deutschland gibt es keine Intellektuellenbewegung. Man kann die Reaktion auf dem Gebiete der Kunst und Kultur nicht als Einzelerscheinung bekämpfen. Sie gehört zum System. Und dies System wird von denselben Blutsorten gestützt, die als Goethe-Bündler sich darüber ereifern. Herr Raumann suchte bei der Gelegenheit den Gehilfen in Genüssen zu erheben, indem politisch zu werden und da einzugehen, wo es not tut, beim preußischen Wahlrecht zum Beispiel. Herr Raumann kann von Glück sagen, daß seine Hörer so wenig politisch waren, sie hätten ihn sonst ausgelacht.

Der Goethe-Bund war eine Illusion, vielleicht eine schöne, wie ich als Mitbegründer einmal geglaubt habe, er ist jetzt längst eine Karodie seiner selbst geworden. (Womit nichts gegen das Wirken einiger Ortsgruppen gesagt sein soll, die ihre Aufgaben noch ernst nehmen.) In Berlin und München, von wo er ausging, blieb keine Spur zurück, die noch von ihm zeugte. Aber so ruhmlos dieser Intellektuellenaufstand endet hat, eine Lehre hinterließ er uns: daß die Freiheit von Kunst, Wissenschaft und Kultur nur im politischen Freiheitskampf zu erlangen ist, und daß dieser nicht von den „Intellektuellen“ isoliert, sondern nur mit der Sozialdemokratie geführt werden kann, wenn sie nicht vorziehen, weiter ohnmächtig über auch die Diktaturen der bürgerlichen Schönebreiter zu stehen.

### Der Eisertrug des Kaisers von China.

Die abenteuerlichen Schicksale des kaiserlich-chinesischen Eisertrags, der im Sommer des Jahres 1900 aus dem Kaiserreich in Bezug nach Süddeutschland verschlagen wurde, haben jetzt, nachdem die Angelegenheit auch im Reichstage zur Sprache gebracht worden war, zu einem Ermittlungsverfahren gegen den letzten Inhaber des losbaren Dokumentes geführt. Zugleich bezieht man sich auch schon in der offiziellen Presse den ganzen Vorgang als so harmlos wie möglich hinzustellen. Der Tag erzählt:

Das beschriebene Stück gelber Seide hat ein Militärbesitzer der Okkupationsarmee, ohne zu wissen, was es enthält, als eine Karität aus dem Palaste in Peking zu dem Andenken an den Feldzug an sich genommen. Dies ist geschehen, nachdem Russen, Italiener, Franzosen und die kaiserlichen Paläste in Peking beschäftigt und sich wertvolle Andenken als Kriegsbücherei bereits mitgenommen hatten. Dies blieb die kaiserliche Werkstätte, die zwischen waren, offen liegen geblieben, hatte also keinen Wächter gefunden. Es war durch die Hände des Generalleutnants Grafen Walbersee und verschiedener anderer hoher Offiziere gegangen, welche nichts dagegen eingewendet hatten, daß der Militärbesitzer dieses Stück als Andenken an sich genommen hatte. Selbst der französische Bischof Pavier, dem der Beamte das Schriftstück gezeigt hat, hat ihm nicht darauf aufmerksam gemacht, daß es der Kaiserin zurückgegeben wer-

den müsse, sondern er hat es als eine Karität bezeichnet, die für ein Museum von hohem Werte sei. Dieser Bischof war persona grata bei der regierenden chinesischen Kaiserin, die herrschlich die chinesische Sprache und konnte daher aus dem Schriftstück entnehmen, welche Bedeutung es für die junge Kaiserin habe. Trotzdem hat er den Inhaber nicht darauf aufmerksam gemacht, daß er es zurückgeben solle.

Die bösen Russen, Franzosen und Italiener sind schuld daran, daß auch Deutsche geplündert haben und fast flüchtig aus der offiziellen Erklärung etwas wie Bedauern darüber heraus, daß die Deutschen bei dieser „Teilung der Erde“ wieder einmal zu spät gekommen sind! Heute gibt man offen zu, daß einzelne Militärpersonen, sogar mit höchster Genehmigung des kaiserlichen Hofes, heute gemacht, d. h. geplündert haben, wie es auch 1870 in Frankreich vielfach geschehen war. Vor ein paar Jahren aber hat man sozialdemokratische Reaktoren, die behaupteten, was jetzt offiziell zugegeben wird, zu harten Gefängnisstrafen verurteilt.

Der Reichstagsabgeordneter Schwabach hat angesichts der Säufung des Verlagsmaterials, das sich gegen die national-liberalen Wahlpraktiken von Bismarck-Geberung auftrüme, das beste getan, was er tun konnte, indem er sein Mandat niedergelegt. Die nationalliberale Presse macht sich bloß lächerlich, wenn sie diesen Herrn als einen Märtyrer stellt, der den reaktionären Treibeibern zum Opfer gefallen sei. Freilich beweist das rüchloslose Auftreten der Agrarier gegen ihren unbetrieblen Wohlbruder vom Bankrott, daß die Junter es niemals an Aufrichtigkeit und Energie fehlen lassen, wo es sich darum handelt, eine ihrer alten Positionen zu verteidigen. Würde die liberale Presse in der Verfolgung agrarischer Praktiken ebenso eifrig sein wie die agrarische Presse bei der Aufdeckung nationalliberaler Wahlmanipulationen, so würde so mancher Welt anders ausfallen. Die nationalliberale Presse ist aber weit davon entfernt, solchen Eifer zu entwickeln, sie billigt es sogar, wenn Beamte wegen ihrer Stimmabgabe abgeurteilt werden. Jetzt erhebt sie, daß Wahlkorruption ein abgeregelter, ein Standesvorrecht der Junter ist und nur zu deren Vorteil ausübt werden darf.

Ueber den Stand der Eulenburgaffäre schreibt die aus Liebenberg informierte Kreuzzeitung:

„Nach den früher behaupteten Zeugnisaussagen im Münchener Prozeß ist Fürst Philipp zu Eulenburg von der Staatsanwaltschaft sofort aufgefordert worden, sich verantwortlich hierzu zu äußern. Dem Vernehmen nach soll der Fürst seine eidlische Aussage betätigt und selbst verlangt haben, den Münchener Zeugen gegenüber gestellt zu werden. Auch ehe die Münchener Prozeßakten in Berlin vorlagen, hat die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren gegen den Fürsten Philipp zu Eulenburg wegen Meinungsänderung.“

Die Berl. Zeit. u. W. weiß ferner zu berichten: Dagegen wird nach der Persönlichkeitsgeschichte von der Nibel im Münchener Harzenprozeß erzählt, daß Eulenburg in seiner Wohnung in München im Nibel, mit einem feinen Herrn, der älter war als Eulenburg, zu unflätigen Reden zusammengeführt hatte. Da Fürst Eulenburg leugnet, handelt es sich jetzt darum festzustellen, ob Eulenburg sich damals als verhältnismäßig junger Mann homosexuell verhalten war. Es gelang vier von den damaligen Freunden Eulenburgs in Berlin und Rom, den höchsten Ständen angehörig, zu eruierten, von welchen es bekannt ist, daß sie in homosexuellen Kreisen verkehrten.

Welfreunde Richter. Ein Former in Chemnitz hatte gegen seinen Bruder Strafanzeige erstattet. Danach soll der Beschuldigte den Denunzianten, der während des Formerstrafes in der Chemnitzer Eisenbahneisenbahnwerkstatt Mauseisendienste tat, mit den Worten „Streitkreuzer“, „Lump“ beleidigt und dadurch und durch Drohungen zu bestimmen versucht haben, den Betrieb wieder zu verlassen. Der Beschuldigte betritt das; er habe seinem Bruder, einen moralisch verkommenen Menschen, der sich in der besten Gesellschaft hummelnd herumgetrieben und auf die Unterwürigkeit seiner Angehörigen gerachtet habe, in familiärer Weise seinen Zehnwunder vorgelesen und das bei ihm allerdings zu veranlassen gesucht, dem betrieblen Betrieb zu verlassen, da sich die ganze Familie über dieses Verhalten geäußert und geküßt habe. Der Welfreunde bemerzte hierzu: „Das, was Sie sagen, will mir nicht in den Kopf; Sie reden darüber, daß ich mich arbeitslos will, und da er in Arbeit steht, wollen Sie ihn veranlassen, die Arbeit wieder niederzulegen. Da müßten Sie doch vielmehr darauf sehen, daß er weiter arbeite.“ — Daß organisierte Arbeiter Streitarbeit als etwas Unehrenhaftes betrachten, scheint der Herr Oberjustizrat nicht zu wissen. Das Empfindungsleben der Arbeiterklasse ist ihm und vielen seiner Kollegen eine völlig fremde Welt.

Im Mobilitierkrieg zwischen Berliner Rechtsanwältinnen und Richtern ist es zu einem Waffenstillstand gekommen. Der Kammergerichtspräsident Bisco hat dem Vorstand der Anwaltskammer mitgeteilt, daß er gegen die Langgerichtsräte Kehler und Kämpfe wegen ihres unanständigen Verhaltens gegenüber dem Rechtsanwalt Cohen persönlich eingeschritten sei und über „das Ergebnis der Erörterungen“ weitere Mitteilungen machen werde.

Die Rechtsanwältinnen haben daraufhin beschlossen, „das Ergebnis der Erörterungen“ abzuwarten und einwirken keinen Straf Antrag zu stellen. Soffentlich kommt das Ergebnis bei Erörterungen“ guttag, bevor die Beleidigung — berichtet ist!

Ein verurteilter Postbeamter. Vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts München wurde gestern der Verurteilte wegen des Diebstahls von Briefen von der freireaktionären Berliner Post behandelt. Das Urteil gegen Peteren lautete auf hundert Mark Geldstrafe event. zehn Tage Haft, Tragung familiärer Kosten und Publikationsstrafe. Die Beleidigung wurde in einem Artikel der Post erwidert, der sich mit der Tätigkeit des Rechtsanwaltes Dr. Bernheim als Vertreter und Anwalt der vor einiger Zeit in München verhafteten Russen beschäftigt.

## Ausland.

England. Das Unterhaus nahm in zweiter Lesung mit 314 gegen 148 Stimmen das neue Schanzgesetz an, nachdem es mit 397 gegen 147 Stimmen einen Zusatzantrag der Opposition abgelehnt hatte.

## Zur Landtagswahl.

Der Kulturklub von Oberarnim.

Das freireinigungs-konserverative Kompromiß für Ober- und Niederarnim ist jetzt definitiv abgeschlossen. In der Nordb. Illig. am 3. g. wird dieser Abschlus nicht begründet, daß der Kreis sonst durch die Sozialdemokratie gefährdet wäre. In Ober- und Niederarnim sind bei den letzten Reichstagswahlen 68 097 sozialdemokratische gegen 39 777 bürgerliche Stimmen abgegeben worden. Um auf alle Fälle zu verhindern, daß der

Kreis entsprechend dem Zweipartei-Verhältnissen seiner Bevölkerung sozialdemokratisch vertreten wird, führt der Wd. freilich keine Mannschaften den Juntun an und läßt sich dafür mit einem Mandat begnügen, während die beiden anderen Mandate den Konserverativen verbleiben. Das heißt Bekämpfung der Reaktion!

Selbst die Frankfurter Zeitung findet den Standab empörend. Sie ist aber sehr naiv oder zu wenig feig, so wenn sie die freireinigen Vertrauensmänner des Kreises für den Wahlstand beanwortlich macht und von der sozialdemokratischen Partei erwartet, sie würde den „kompromissartigen Wahl“ aufheben. Das fällt der sozialdemokratischen Partei allerdings am wenigsten ein, als sie es selber ist, die sich rühmen kann, das Geschäft guttande gebracht zu haben. Weisliche Bündnisse bestehen bekanntlich in Westpreußen und Wesen gegen die Polen schon die längste Zeit und sind auch zu diesen Wahlen wieder erneuert worden. Nach dem Berl. Tageblatt soll es diesmal auch in Schlesien so gemacht werden; die diesbezüglichen Verhandlungen sind schon abgeschlossen oder doch dem Abschlusse nahe. Unveränderlich ist an der ganzen Sache nur, wie sich die Wähler, die sich solchen Abmachungen fügen, für „freireinigen“ halten können; es würde verhältnismäßig ein besseres Zeugnis ihres Verstandes und ihrer politischen Klarheit sein, wenn sie gleich ohne Umschweife der konserverativen Partei beitreten würden.

### Der Freireiniger in Königsberg.

Der vereinigte Liberalismus in Königsberg hat den Wählern als Kandidaten den Geh. Justizrat Dr. Krause neben dem freireinigen Wachnide und Gühling empfohlen. Herr Krause hat sich im Landtag für ein abgeklüftes Wahlrecht erklärt und das hat unsere Genossen veranlaßt, an den Kandidaten Gühling in sehr föhlicher Form die Anfrage zu richten, wie er zu den reaktionären Plänen des Herrn Krause stehe. Auf die föhliche Anfrage hat Herr Gühling in Ladgobers Weise mit folgendem Brief geantwortet:

Berlin, 8. 5. 08. Sehr geehrter Herr! Auf Ihre Schreiben vom 30. April d. J. erwidere ich ergebenst, daß ich angesichts der Kampfesweise der freireinigen Sozialdemokratie in Wort und Schrift gegen die freireinigen Volkspartei und gegen meine Person es ablehnen muß, dem sozialdemokratischen Wahlkomitee eine Erklärung abzugeben. Hochachtungsvoll Gühling, Justizrat.

Diese Antwort ist es freireinigen! Es wäre doch dem Herrn Gühling eine Kleinigkeit gewesen, zu sagen, wie er zum Wahlrecht stehe. Wenn er wirklich ein ehrlicher Anhänger des allgemeinen, gleichen, geheimen, direkten Wahlrechts ist, dann müßte er sogar mit Vergnügen die Gelegenheit ergreifen, dies seinen Gegnern mitzuteilen. Statt dessen hat er es vorgezogen, den Gefährten zu spielen, der Sozialdemokraten — denen man sonst doch zumutet, Freireinige zu wählen — überhaupt keine Auskunft gibt. Das legt die Vermutung nahe, daß auch Herr Gühling zu den Freireinigen gehört, die die Forderung nach einem freien Wahlrecht nur als Föhungschild benutzen. Es steht also die Tatsache fest, daß Herr Gühling einer Verantwortung der Frage, wie er zum Wahlrecht stehe, in sehr verdächtiger Weise aus dem Wege gegangen ist.

### Wer nicht rot will, wird blutrot!

So überreicht die Deutsche Tageszeitung eine Notiz, in der sie mittelt, daß ein Parteigenosse in einer Versammlung allen kleinen Geschäftsleuten, die von der Kandidatur der Arbeiter abhängig sind, eine genaue Ueberwachung ihrer Abtrünnung angeordnet hat und den Vorkauf arbeitserleichterung Geschäftsleute in Aussicht stellt. Deshalb schreibt das Hindlerorgan über sozialdemokratischen Wahlterrorismus. Wer in einem Glashauss sitzt, soll nicht mit Steinen werfen! Wer in einem Wahllokal, wenn sie nicht die Absicht haben, die Abtrünnung selbst einzeln genau zu kontrollieren? Wollen sie etwas behaupten, daß sie diese Kontrolle nur deshalb üben, um sich über die Wahlfreiheit zu freuen? Wer von den Gegnern abhängig ist, der muß ja, während, wie diese es nun im verlangen. Das haben die Herrschaften bisher ganz in der Ordnung gefunden, und wenn nun unsere Genossen sich die Leute etwas genauer ansehen, die von den Großen der Arbeiterbewegung leben, so ist das ihr gutes Recht. Sie wollen keinen Menschen zwingen, sozialdemokratisch zu wählen, aber es ist doch ganz selbstverständlich, daß sie einen Geschäftsleute, der zu ihnen gehört, lieber geschäftlich unterstützen als einen Schleppträger der Reaktionen. Wollen unsere Gegner eine Kontrolle der Wähler darüber, wie sie abstimmen, verhindern, dann brauchen sie nur dafür zu sorgen, daß die Wahl eingeleitet wird! Dazu liegt es aber nicht zu haben, weil sie eine genaue Kontrolle üben wollen; wenn nun aber die Arbeiter das gleiche tun, dann werden sich die gegenwärtige Presse von sozialdemokratischem Wahlterrorismus zu reden!

## Zur Revolution in Russland.

Russische Polizei. Dem Russ. Kor. wird aus Petersburg geschrieben:

Als vor zwei Monaten die erste Kunde von den furchtbaren Verbrechen gegeben haben, welche in der Moskauer Polizei herrschen, rief diese Nachricht sofort eine Entwerbung der Regierung hervor, in welcher alles in Frage gestellt wurde. Sofort nach dieser Entwerbung lag sich aber die Regierung gezwungen, eine Untersuchungskommission nach Moskau zu entsenden. Die Zeitungen, welche während der Arbeit der Kommission von ihren Entsendungen Mitteilung zu machen wagten, wurden mit strengen Selbststrafen belegt. — Allen diesen Verurteilungen, die Wahrheit zu verurteilen, zum Trost ist der revidierende Senator Garin gezwungen gewesen, öffentlich zu erklären, er entsehe eine ganze Reihe von Beamten der Stadthauptmannschaft ihrer Ämter und stelle sie vor Gericht. Ihrer Ämter sind eine Anzahl Beamter entsetzt, die eine mehr oder minder einflussreiche Stellung einnehmen. — Die Untersuchung erweist, daß eine systematische Freischabung der Bevölkerung durch die Moskauer Polizei hätte gefunden hat — durch kollektive, ein Verbrechen, ein Verbrechen, und Verbrechenssystem, welches alle Bürger, die irgendeine mit der Polizei in Berührung kamen, mit einem Tribut belegte und das Unmögliche möglich machte. Trotz der aus Petersburg erhaltenen Order, Reinhold selbst möglichst reinzuwaschen, ist dies der Untersuchungskommission nicht gelungen. Senator Garin hat den Beschluß gefaßt, Reinhold in irgendeiner Form zur Verantwortung zu ziehen, was um so schwieriger ist, da Reinhold, als General in der kaiserlichen Suite, nur mit der speziellen Genehmigung des Kaisers vor Gericht gestellt werden kann.

Die Moskauer Affäre ist mehr als ein vereinzeltes Verbrechen. Die Untersuchungsmittel zu schämen, die gegen die Revolution und die Revolutionäre kämpfen, mögen sie sich auch noch so handgreifliche Ungeschicklichkeiten erlauben. Das Befahren, eine jede demokratische Opposition zum Schweigen zu bringen, hat



**Stadt-Theater Halle**  
 Direktion: Robert H. Richards.  
 Donnerstag den 7. Mai  
 21. Ab.-Vorstellung. 1. Viertel.  
 Umkehrkarten gültig.  
**Nonna Vanna.**  
 Schauspiel in 5 Akten  
 von Maurice Maeterlinck.  
 Anf. 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.  
 Freitag den 8. Mai:  
 22. Ab.-Vorstellung. 2. Viertel.  
 Umkehrkarten gültig.  
 Novität! Novität!  
 Samstag den 9. Mai:  
**Wolkenkratzer.**  
 Eine amerikanische Komödie in  
 3 Akten von Karl Nodder und  
 Ludwig Heller.  
 Hierauf:  
**Die Diensthoten.**  
 Lustspiel in einem Akt von  
 Robert Benedy.

# Achtung, Arbeiter - Radfahrer!

Wer gut und reell bedient werden will, beim Einkauf aller

## Radfahr - Utensilien,

sowie bei

### Anschaffung neuer Räder,

wende sich an die hiesige Vertretung der

## Einkaufs-Genossenschaft des Arb.-Radl.-Bundes Solidarität.

# Otto Stahl, Raffineriestrasse 19, III.

**Blaudruck, Schürzen, Bettzeug**  
 empfiehlt  
 zu allerbilligsten Preisen  
 sowie extra weite  
**Kindermäntel**  
 von 6.50 Mk. an  
**M. Gotthel,**  
 Grosse Klamstrasse 9.

**Kaisersäle** (Partiero-Saal).  
 Die Hungerkünstlerin  
**Frl. Flora Tosca**  
 singt heute den 21. Tag.  
 Auf vielseitigen Wunsch wird  
 der Eintrittspreis für Donnerstag  
 und Freitag nochmals auf  
 20 Pfennig herabgesetzt. Jeder  
 Ermöglicht hat ein Kind frei.  
 Samstag abends 9 Uhr verläßt  
 die Dame im Besitz des Publikums  
 die Hungerzelle und wird  
 ihre erste Wahlzeit einnehmen.

**Weinberg**  
 Inhaber: Emil Kunze.  
 Herrliche Parkanlagen.  
 Angenehm. Aufenthalt.

**Delitzsch. Gesang-Verein Vorwärts.**  
 Sonntag, den 10. Mai  
**Frühjahrs-Ausflug**  
 nach Beudorf, Pappitzsch, Zscheritz  
 durch die Gärten nach Witzfeld.  
 Samstags abends 8 Uhr  
 Abmarsch punkt 1 Uhr nach  
 Beudorf. Belegkarte, eric. d. Vorstand.

**Blauer Stern, Theissen**  
 Sonntag d. 10. Mai  
**Frühjahrs-Ausflug**  
 des  
 Ring- u. Stamm-Klubs Kraft frei Hall.  
 Interessante Ausflugslokalung:  
 Witzfeld bei Könnitz.  
 Empfehlung Speises und Getränke  
 in bekannter Güte.  
 Emil Boettcher.

**größere und kleinere Ausflüge**  
 Spezialkarte des Saalkreises.  
 Preis 20 Pf.  
**Radfahrkarten**  
 in verschiedenen Preislagen.  
 Spezialkarte des Saalkreises.  
 Preis 25 Pf.  
 Spezialkarte der  
 Provinz Sachsen.  
 Preis 1 Mark.  
 Spezialkarte Thüringens.  
 Preis 50 Pf.  
 Karte von Mittel-Europa.  
 Preis 60 Pf.  
 Zu beziehen durch die  
**Volks-Buchhandlung,**  
 Gars 42/43.

**Zentralverband d. Maurer Zweigverein Halle.**  
 Am Montag früh 8 1/2 Uhr ver-  
 scharb unser Verbandstag. Der  
**Maurer Karl Jäger,**  
 Belegkarte 50,  
 im 55. Vereinsjahr.  
 Ihre fernem Anworten!  
 Die Beerdigung findet am  
 Donnerstag nachmittags 2 Uhr  
 von der Leichenhalle des Städt-  
 richthofes aus statt.  
 Die Kollegen werden erlucht,  
 sich recht zahlreich daran zu betei-  
 ligen. Der Vorstand.

Für die vielen Beweise der  
 Teilnahme bei dem Begräbnis  
 unseres lieben Kindes  
**Martha Schneider,**  
 sagen wir allen denen, die ihren  
 Sorg so reich mit Blumen und  
 Gesängen schmückten, herzlichen  
 Dank. Dank insbesondere ihren  
 lieben Mitbürgern, die sie zur  
 letzten Ruhe geleiteten, dem Herrn  
 Pastor und Beerdiger.  
 Bestattet den 8. Mai 1908.  
 Die stellvertretenden Eltern  
 und Geschwister.

**Walhalla-Theater.**  
 Jeden Abend 8 Uhr  
 das glänzende humorist. Maiprogramm.  
 Alsdann Fortsetzung der  
**Intern. Ringkampf-Konkurrenz  
 in Meisterschaft von Europa**  
 um die Gesamtpreise von 7000 Mark in bar.  
 Heute, Mittwoch, den 6. Mai, ringen:  
 Alwin Kutschke, Meister von der Beck,  
 sächsischer von Sachsen gegen Holland  
 Olaf Henriksen, Albert Stars, bester Leicht-  
 meistar v. Schweden gegen Jordan Hooymanp,  
 ringer von Württemberg gegen Champion v. Finnland.  
 Vorkampf nur im Theaterbureau.  
 Eintrittspreise nicht erhöht.

**Apollo-Theater.**  
 Direktion: Gustav Poller.  
 Gastspiel des Original  
 kleiner Volkstheaters.  
 Ganz Galt  
**spricht,  
 lacht,  
 jubelt**  
 über den famosen Komiker  
**Heinrich Prang**  
 in der tollen Rolle:  
**„Es lebe der Reservemann!“**  
 Abends 8 Uhr  
 dichtbesetzte Häuser  
 und  
 Stürmisch. Lachertolg!

**Gewerkschafts-Kartell Zeitz.**  
 Freitag, den 8. Mai abends 8 1/2 Uhr  
 in Wundbrucks Restaurant, Zeitzgerstr.  
**Versammlung.**  
 Tagesordnung: Vortrag über: „Das neue Vereins-  
 gesetz.“ Eingänge und Verchiedenes. Der Vorstand.  
**I. Halescher Mandolinen-Klub „España“.**  
 Wir machen hiermit bekannt, daß unser Vergnügen  
 nicht Sonntag d. 10. Mai sondern am Samstag  
 d. 9. Mai im „Burg-Theater“ stattfinden.  
 Siegen ladet freundlich ein  
 Der Vorstand.

**Dr. Thompson's Seifenpulver**  
 Bestes, im Gebrauch  
 billigstes und bequemstes  
**Waschmittel der Welt**  
 1/2 & Paket 15 Pf.

**Dürkopp**  
 Räder sind  
 leicht  
 schnell  
 haltbar  
**DURKOPP & CO. A.-G. BIELEFELD.**  
 Vertreter: A. Erdmann Ww.

**Achtung!** Intelligente vertrauenswürdig  
 Personen jeden Standes, denen daran  
 gelegen ist, sich eine gute Neben-Ein-  
 nahme zu schaffen, um dadurch ihr Einkommen zu erhöhen,  
 belieh. ihre Adr. u. B. L. 9035 an Rud. Mosse, Halle S. einzufend.

**Seefische.**  
 Donnerstag frische Zufuhr.  
 Verkauf jeden Wochentag: Hall-  
 markt, Friedrichstraße 3. Kleben-  
 derstrasse 3.  
 stets billige Preise.  
**W. Busch.**  
 Fernspr. 2427.

**Europas bekannteste Pflanzen.**  
 Von Dr. K. Jäger,  
 Vorstand der landwirtschaftlichen  
 Schule.  
 Geringer Farbendruck.  
 Ausführliche Beschreibung.  
 Preis 4 Pf.  
 Zu beziehen durch die  
**Volksbuchhandlung.**  
 Gars 42/43.

**Teuchern u. Umg.**  
 Ein großer Vollen getragener  
 Willkürschuhe sind wieder ein-  
 getroffen, selbige sind tadellos  
 und preiswert. Reparaturen,  
 sowie Befestigen nach Maß  
 nach wie vor. Reelle u. schnelle  
 Bedienung, solide Preise.  
 Hochachtungsvoll  
**Gustav Enders, Schuhmacher,  
 Pegauerstraße 6.**  
**Albrecht Köttwitz, Zeitz,**  
 empfiehlt sein großes Lager in  
**Herren- und  
 Knaben-Garderobe**  
 zu soliden Preisen.

**Die Neue Zeit.**  
 Wochenschrift  
 der deutsch. Sozialdemokratie.  
 Es sollte niemand versäumen,  
 auf die Neue Zeit zu abonen-  
 nieren.  
**Vierteljahrs-Abonnement**  
 3.25 Pf. Einzel-Nummer 25 Pf.  
 Bestellungen nehmen entgegen  
 alle Ausleger und die  
**Volks-Buchhandlung,**  
 Gars 42/43.

Jeden Donnerstag  
**Schlachtfest.**  
 F. Hant,  
 5. Vereinsstr. 15. Tel. 1060.  
 Morg. Donnerstag Schlachtfest.  
 Albrecht Dahler, Zeitz, Barftr.  
 Freitag: Schlachtfest.  
 H. Richter, Zeitz, Schützenstr.  
 Guterb. Kinderw. m. Gummir.  
 auf verl. Freizeitspielderfr. 15 II, I.  
 Kinderwagen zu verkaufen.  
 Helfenstraße 5 I.  
**Waschgefäße** in größter Aus-  
 wahl dauerhaft u.  
 billig. Sotthornstr. Schützen-  
 hof 1. d. Markt. Rabattmarken.  
 Gies. Herren u. Damen-Kab.  
 m. Preis. 11. Wilhelmstr. 49 I. I.  
**Freundliche Dachwohnung**  
 für 22 Taler, oft oder später zu  
 beziehen. Garsstr. 21.

**Aue. Sozialdemokr. Verein. Aue.**  
 Samstag d. 9. Mai abends 8 1/2 Uhr im Deutschen Kaiser  
**Versammlung.**  
 Tagesordnung: „Das neue Reichsvereinsgesetz.“  
 (Prof. von Gumbert, Zeitz) Geschichtliches und Verchiedenes.  
 Im Interesse des nächsten Jahres ist es Pflicht der Mit-  
 glieder, vollständig zu erscheinen.  
 Der Vorstand.

**Achtung! Gaumnitz-Trebnitz. Achtung!**  
 Samstag, den 10. Mai nachmittags 3 Uhr in Witzger  
 Café in Trebnitz  
**öffentl. Gewerkschafts-Versammlung**  
 Tagesordnung:  
 Vortrag des Herrn Dr. Rubensohn-Wetschels, über: „Beruf-  
 krankheiten der Berg-, Holz- und Metallarbeiter.“  
 Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht. Der Einberafer.  
 Entrée 10 Pf.

**Konsum-Verein Holzweissig und Umgegend.**  
 E. G. m. b. H.  
 Mittwoch, den 13. Mai 1908, abends 8 Uhr  
 im Saale des Frau. Seibel, Preussische Strasse,

**Ordentl. General-Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Bericht über das 1. Geschäftsjahr.  
 2. Abrechnung des Geschäftsjahrs.  
 3. Wahl eines Vorstands-Mitgliedes sowie Wahl von drei  
 Aufsichtsrats-Mitgliedern.  
 4. Statuten-Änderungen. 5. Geschäftliches.  
 6. Anträge der Mitglieder. — Dieselben müssen 5 Tage dor-  
 her beim Unterscheidener eingereicht werden.  
 Der Aufsichtsrat. Karl Thiele, Vorsitzender.

**22. Saison. Arena Weise. 22. Saison.**  
 In Zeitz auf dem Schützenplatz.  
 Täglich abends 8 1/2 Uhr  
**Grosse Künstler-Vorstellung und Konzert.**  
 Sensations-Programm.  
 U. a.: Gefühlsreicher Reize in ihrer neu. Am Strande von Norderey.  
 einstudierten Scene.  
 Am Sonntag finden 3 Vorstellungen statt:  
 die erste nachmittags 4 Uhr, die zweite abends 8 Uhr.  
 Um zahlreiches Besuch bitten Die Direktion.

**Reisekoffer**  
 Stück von 5<sup>50</sup>  
 Beste Fabrikate.  
**Grosse Ulrich-  
 Leopold Nussbaum,** strasse 60/61.

**Pantoffelmachern**  
 empfiehlt: Pflüsch, Cord,  
 Futter- und Sehlentilla  
**J. Noah, gr. Klausstr. 7.**

**Möbel-, Spiegel-  
 und Polsterwaren-Magazin**  
 der  
**Vereinigt. Tischlermeister,**  
 Kleine Steinstraße 6,  
 empfehlen ihre Fabrikate zu  
 festen und soliden Preisen.

**Heringe,**  
 schön weiß und hart  
 Stück 5 Pf.  
 auch in Schöden und Tonnen  
 offeriert Fr. Rudloff, strasse.

**Motorrad, Adler,**  
 im besten  
 Zust. tabell. laufend, f. 240 Mk.  
 u. d. Ludwig Wucherstr. 62 I.

## Deutscher Reichstag.

150. Sitzung. Dienstag, den 5. Mai 1908, vormittags 11 Uhr im Bundesratssaal: von Bethmann-Hollweg, Dernburg, Schäfer, v. Schön.

Präsident Graf Stolberg wird ermächtigt, dem Kronprinzen zu gratulieren, und Abg. Schwabach (natlib.) hat sein Mandat niedergelegt.

Die Kommission der Dampfbojenvention. Die Kommission beantragt, die geforderte Erhöhung von 500 000 Mk. zu bewilligen.

Die Abg. Albrecht und Gen. (Soz.) beantragen eine Resolution, welche Befreiung der Remonanzstoffe und ausfallende Löhne von den Norddeutschen Lloyd fordert.

Die Abg. Lattmann und Gen. (Wirtsch. Vgg.) beantragen, die Subvention nur um 200 000 Mk. zu erhöhen.

Die Abg. Graf v. Spreti (Natlib.) beantragt, die Subvention nur um 200 000 Mk. zu erhöhen.

Die Abg. v. Spreti (Natlib.) beantragt, die Subvention nur um 200 000 Mk. zu erhöhen.

Die Abg. v. Spreti (Natlib.) beantragt, die Subvention nur um 200 000 Mk. zu erhöhen.

Die Abg. v. Spreti (Natlib.) beantragt, die Subvention nur um 200 000 Mk. zu erhöhen.

Die Abg. v. Spreti (Natlib.) beantragt, die Subvention nur um 200 000 Mk. zu erhöhen.

Die Abg. v. Spreti (Natlib.) beantragt, die Subvention nur um 200 000 Mk. zu erhöhen.

Die Abg. v. Spreti (Natlib.) beantragt, die Subvention nur um 200 000 Mk. zu erhöhen.

Die Abg. v. Spreti (Natlib.) beantragt, die Subvention nur um 200 000 Mk. zu erhöhen.

Die Abg. v. Spreti (Natlib.) beantragt, die Subvention nur um 200 000 Mk. zu erhöhen.

Antrag Lattmann und dem ersten Teil der sozialdemokratischen Resolution werden mit Zustimmung. (Braunl im Jentz.)

Abg. Wollmann (Soz.): Wenn man den Staatssekretär hört, so sollte man denken, daß nach Ablehnung der Subvention die deutsche Flotte auf der See verschwinden wird.

Abg. Wollmann (Soz.): Wenn man den Staatssekretär hört, so sollte man denken, daß nach Ablehnung der Subvention die deutsche Flotte auf der See verschwinden wird.

Abg. Wollmann (Soz.): Wenn man den Staatssekretär hört, so sollte man denken, daß nach Ablehnung der Subvention die deutsche Flotte auf der See verschwinden wird.

Abg. Wollmann (Soz.): Wenn man den Staatssekretär hört, so sollte man denken, daß nach Ablehnung der Subvention die deutsche Flotte auf der See verschwinden wird.

Abg. Wollmann (Soz.): Wenn man den Staatssekretär hört, so sollte man denken, daß nach Ablehnung der Subvention die deutsche Flotte auf der See verschwinden wird.

Abg. Wollmann (Soz.): Wenn man den Staatssekretär hört, so sollte man denken, daß nach Ablehnung der Subvention die deutsche Flotte auf der See verschwinden wird.

Abg. Wollmann (Soz.): Wenn man den Staatssekretär hört, so sollte man denken, daß nach Ablehnung der Subvention die deutsche Flotte auf der See verschwinden wird.

Abg. Wollmann (Soz.): Wenn man den Staatssekretär hört, so sollte man denken, daß nach Ablehnung der Subvention die deutsche Flotte auf der See verschwinden wird.

Abg. Wollmann (Soz.): Wenn man den Staatssekretär hört, so sollte man denken, daß nach Ablehnung der Subvention die deutsche Flotte auf der See verschwinden wird.

Abg. Wollmann (Soz.): Wenn man den Staatssekretär hört, so sollte man denken, daß nach Ablehnung der Subvention die deutsche Flotte auf der See verschwinden wird.

Abg. Wollmann (Soz.): Wenn man den Staatssekretär hört, so sollte man denken, daß nach Ablehnung der Subvention die deutsche Flotte auf der See verschwinden wird.

Abg. Wollmann (Soz.): Wenn man den Staatssekretär hört, so sollte man denken, daß nach Ablehnung der Subvention die deutsche Flotte auf der See verschwinden wird.

Abg. Wollmann (Soz.): Wenn man den Staatssekretär hört, so sollte man denken, daß nach Ablehnung der Subvention die deutsche Flotte auf der See verschwinden wird.

Ein freiwiliger Antrag will von der für Militärdame und Unteroffiziere geforderten Summe 210 000 Mk. freisetzen.

Abg. Dr. Schmidt (Freil. Vgg.): Dieser Antrag, 210 000 Mk. weniger zu bewilligen, ist so absurd, daß die Unteroffiziere keine Zulage erhalten sollen. Sie haben von der Beschäftigung in gemischtpolitischen Gegenden keinerlei Vorteil.

Generalstabschef v. Spreti: Dieser Antrag kommt mir ebenso überaus uninteressant vor, wie die Unteroffiziere (schlechter) behandelt werden als unsere Beamten?

Abg. v. Spreti (Natlib.): Für die Unteroffiziere hat die Regierung früher selbst keine Zulagen gefordert. Der freiwillige Antrag aber ist jetzt nur dazu bestimmt, den politischen Charakter der Militärgulden zu verdeutlichen.

Abg. v. Spreti (Natlib.): Für die Unteroffiziere hat die Regierung früher selbst keine Zulagen gefordert. Der freiwillige Antrag aber ist jetzt nur dazu bestimmt, den politischen Charakter der Militärgulden zu verdeutlichen.

Abg. v. Spreti (Natlib.): Für die Unteroffiziere hat die Regierung früher selbst keine Zulagen gefordert. Der freiwillige Antrag aber ist jetzt nur dazu bestimmt, den politischen Charakter der Militärgulden zu verdeutlichen.

Abg. v. Spreti (Natlib.): Für die Unteroffiziere hat die Regierung früher selbst keine Zulagen gefordert. Der freiwillige Antrag aber ist jetzt nur dazu bestimmt, den politischen Charakter der Militärgulden zu verdeutlichen.

Abg. v. Spreti (Natlib.): Für die Unteroffiziere hat die Regierung früher selbst keine Zulagen gefordert. Der freiwillige Antrag aber ist jetzt nur dazu bestimmt, den politischen Charakter der Militärgulden zu verdeutlichen.

Abg. v. Spreti (Natlib.): Für die Unteroffiziere hat die Regierung früher selbst keine Zulagen gefordert. Der freiwillige Antrag aber ist jetzt nur dazu bestimmt, den politischen Charakter der Militärgulden zu verdeutlichen.

Abg. v. Spreti (Natlib.): Für die Unteroffiziere hat die Regierung früher selbst keine Zulagen gefordert. Der freiwillige Antrag aber ist jetzt nur dazu bestimmt, den politischen Charakter der Militärgulden zu verdeutlichen.

Abg. v. Spreti (Natlib.): Für die Unteroffiziere hat die Regierung früher selbst keine Zulagen gefordert. Der freiwillige Antrag aber ist jetzt nur dazu bestimmt, den politischen Charakter der Militärgulden zu verdeutlichen.

Abg. v. Spreti (Natlib.): Für die Unteroffiziere hat die Regierung früher selbst keine Zulagen gefordert. Der freiwillige Antrag aber ist jetzt nur dazu bestimmt, den politischen Charakter der Militärgulden zu verdeutlichen.

Abg. v. Spreti (Natlib.): Für die Unteroffiziere hat die Regierung früher selbst keine Zulagen gefordert. Der freiwillige Antrag aber ist jetzt nur dazu bestimmt, den politischen Charakter der Militärgulden zu verdeutlichen.

Abg. v. Spreti (Natlib.): Für die Unteroffiziere hat die Regierung früher selbst keine Zulagen gefordert. Der freiwillige Antrag aber ist jetzt nur dazu bestimmt, den politischen Charakter der Militärgulden zu verdeutlichen.

## Zum Aufheben im Notbuch

### Das neue deutsche Vereinsgesetz.

1. Alle Reichsangehörigen haben das Recht, zu Vereinen, die den Strafgesetzen nicht unterworfen sind, zu bilden und sich zu betätigen.

2. Ein Verein, dessen Zweck den Strafgesetzen widerspricht, ist aufgelöst.

3. Jeder Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt, muß einen Vorstand haben.

4. Jeder Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt, muß einen Vorstand haben.

Präsident Graf Stolberg: Ich schließe die Diskussion. (Freiwiliger Vorschlag bei dem Vizepräsidenten.)

Die Vorlagen werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten unverändert angenommen.

Einereits für Militärdame und Unteroffiziere, andererseits für Postbeamte.

Die Vorlagen werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten unverändert angenommen.

Einereits für Militärdame und Unteroffiziere, andererseits für Postbeamte.

anhaltung des Aufzuges besteht für die öffentliche Sicherheit zu bestehen ist.

8. Eine Versammlung, die in einem geschlossenen Räume stattfindet, ist nicht als öffentliche Versammlung anzusehen.

9. Der Landeszentralbehörde bleibt es überlassen, zu bestimmen, daß und unter welchen Voraussetzungen für Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge die Genehmigung durch Anzeige oder öffentliche Bekanntmachung erfolgt.

10. Jede öffentliche politische Versammlung muß einen Vorstand haben.

11. Niemand darf in einer öffentlichen Versammlung über einen Aufzug, der auf öffentlichen Straßen oder Plätzen stattfindet, Bewaffnung mit sich führen.

12. Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen.





